



# STADT VREDEN

**Begründung zur 5. Änderung  
des Flächennutzungsplanes  
im Bereich südlich des  
Gewerbegebiets Nord**

**Stand:  
Feststellungsbeschluss**

## **Inhalt**

### **I. Begründung**

- 1. Erforderlichkeit sowie Ziel und Zweck der Planung**
- 2. Lage und Abgrenzung des Plangebietes**
- 3. Einordnung der Planung in die übergeordnete Planung**
- 4. Inhalt der Flächennutzungsplanänderung**
- 5. Erschließung, Ver- und Entsorgungseinrichtungen**
  - 5.1. Verkehrliche Erschließung**
  - 5.2. Ver- und Entsorgung**
  - 5.3. Abwasserbeseitigung**
- 6. Umweltauswirkungen**
  - 6.1. Umweltprüfung und Artenschutz**
  - 6.2. Eingriffsregelung**
  - 6.3. Geruch**
  - 6.4. Immissionen**
  - 6.5. Klimaschutz / Klimawandel / Hochwasserschutz**
  - 6.6. Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen**
- 7. Sonstige Auswirkungen der Planung**
  - 7.1. Denkmalschutz und –pflege**
  - 7.2. Altlasten**
- 8. Umsetzung der Planung**

### **II. Umweltbericht: öKon GmbH, 28.11.2022**

**Anlage 1: Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (Stufe I) zum Bebauungsplan Nr. 78.2  
„Gewerbegebiet Nord – Teil 2“**

## B E G R Ü N D U N G

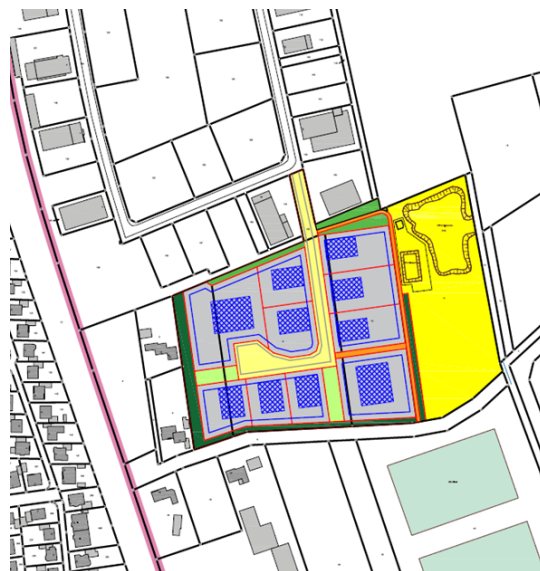
### zur 5. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich südlich des Gewerbegebiets Nord

#### 1. Erforderlichkeit sowie Ziel und Zweck der Planung

Die Wirtschaft in der Stadt Vreden hat sich in den letzten Jahren außerordentlich dynamisch entwickelt. So hat sich z.B. die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 8.420 im Jahr 2012 kontinuierlich auf mittlerweile 10.851 im Jahr 2019 erhöht. Der Anteil des produzierenden Sektors ist dabei mit 64,2 % deutlich höher als in anderen Kommunen (vgl. Kreis Borken, Statistik Online). Die positive wirtschaftliche Entwicklung bedingt eine konstant hohe Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen. So wurden in den letzten sechs Jahren ca. 30 ha für die gewerbliche Nutzung in Anspruch genommen. Aktuell verfügt die Stadt Vreden kaum noch über vermarktbare Flächen.

Im Gewerbegebiet Nord, das nördlich des Plangebiets liegt, haben sich seit der Erschließung 2005 viele kleine und mittlere Betriebe angesiedelt. Das Gewerbegebiet ergänzt die vorhandenen anderen Gewerbegebiete sowie das Industriegebiet Gaxel im Stadtgebiet Vredens, indem in Nähe zum Siedlungsbereich sowie in verkehrsgünstiger Lage attraktive Gewerbeflächen angeboten werden können. Das Gewerbegebiet Nord verfügt mittlerweile kaum noch über freie Flächen, die Gewerbetreibenden zur Verfügung gestellt werden können. Die Nachfrage nach diesen Flächen ist aber nach wie vor hoch. Um weiterhin Flächen anbieten zu können und damit Unternehmen eine Ansiedlung in Vreden ermöglichen zu können, ist die Erweiterung des Gewerbegebiets Nord in Richtung Süden erforderlich.

Für den Bebauungsplan Nr. 78 „Gewerbegebiet Nord – Teil 2“ wurden die frühzeitigen Beteiligungen bereits im Jahr 2017 durchgeführt. Für diese recht kleinteilige Erweiterung (vgl. Abbildung) wäre keine Änderung des Flächennutzungsplanes erforderlich gewesen.



(Abb. 1: städtebauliche Konzeption 2017, Quelle: eigene Darstellung)

In der Zwischenzeit ist es der Stadt Vreden gelungen, weitere Flächen in dem Bereich zu erwerben. Außerdem ist entschieden worden, dass nördlich des Sportzentrums keine Flächen für ein Leichtathletikstadion (Kampfbahn B) zur Verfügung gestellt werden müssen.

Aufbauend auf diesen geänderten Rahmenbedingungen ist eine Konzeption für die Erweiterung des Gewerbegebiets bis zum Ölbach entwickelt worden.



(Abb. 2: erweiterter Planungsraum 2020, Quelle: eigene Darstellung)

Ziel der Änderung des Flächennutzungsplans ist im Sinne einer Flächenarrondierung die Darstellung von gewerblichen Bauflächen, da einzelne zukünftige Gewerbeflächen der nebenstehenden Konzeption bislang dem gültigen Flächennutzungsplan widersprechen.



(Abb. 3: städtebauliche Konzeption 2022, Quelle: eigene Darstellung)

### Planungsalternativen

Die Stadt Vreden verfolgt für ihre gewerblichen Standorte das Konzept, dass kleine und mittlere Betriebe mit geringerem Störpotenzial in Gebieten in Stadtrandlage wie das Gewerbegebiet Nord angesiedelt werden, während das Industriegebiet Gaxel mit deutlichem Abstand zur Kernstadt sowie den nächstgelegenen Wohnsiedlungen den übrigen Gewerbe- und Industriebetrieben vorbehalten bleibt.

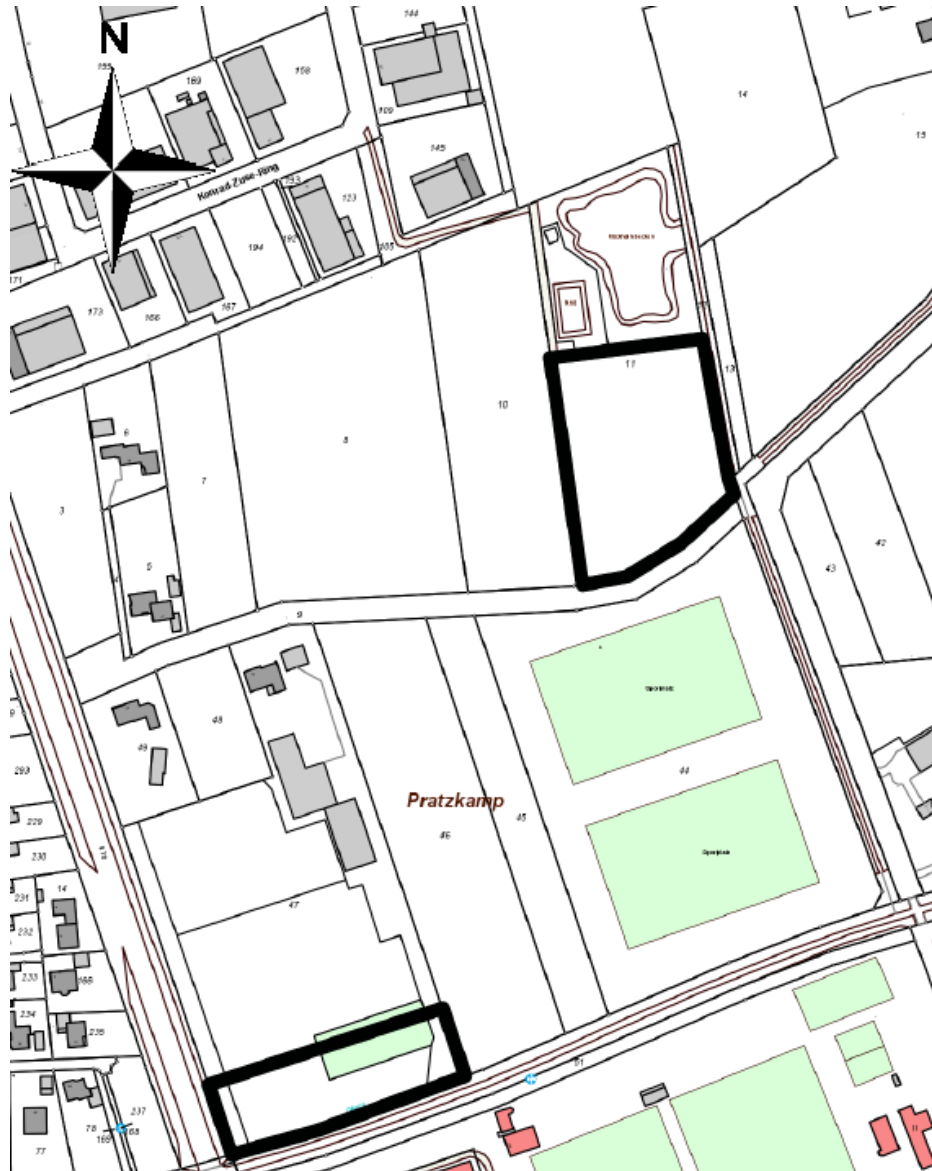
Darüber hinaus ist über den Flächennutzungsplan im Bereich des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden eine gewerbliche Baufläche vorgesehen, die ausschließlich flugplatzaffinen Betrieben dienen soll.

Ausgehend von diesem Gewerbeflächenkonzept ist zur Bedienung der Nachfrage nach gewerblich-handwerklichen Flächen eine Erweiterung des Gewerbegebiets Nord erforderlich. Der Flächennutzungsplan 2030 sieht hierfür Erweiterungsflächen vor, die im Rahmen dieses Änderungsverfahrens an die o. g. städtebauliche Konzeption angepasst werden.

## **2. Lage und Abgrenzung des Plangebietes**

Der Geltungsbereich der Flächennutzungsplanänderung umfasst zwei Änderungsbereiche, die zwischen dem bestehenden Gewerbegebiet Nord (Konrad-Zuse-Ring) und dem Ölbach liegen. Die Flächennutzungsplanänderung umfasst die Grundstücke Gemarkung Vreden Flur 84 Flurstücke 11 (tlw.) und 47 (tlw.).





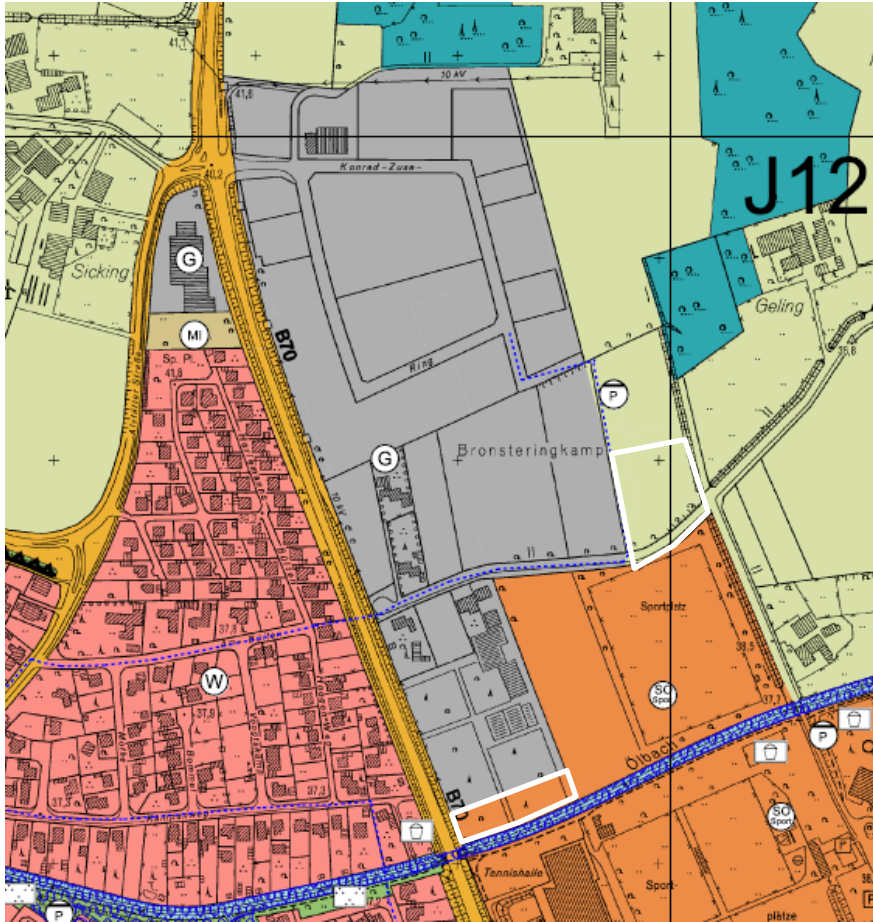
(Abb. 4: Abgrenzung der Änderungsbereiche, Quelle: eigene Darstellung)

### 3. Einordnung der Planung in die übergeordnete Planung

Der Regionalplan stellt das Plangebiet im Wesentlichen als Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich dar. Eine positive landesplanerische Stellungnahme der Bezirksregierung Münster zur Änderung des Flächennutzungsplanes liegt bereits vor (Schreiben vom 03.01.2020, Az. 32.02.554068-002/2020.0001).

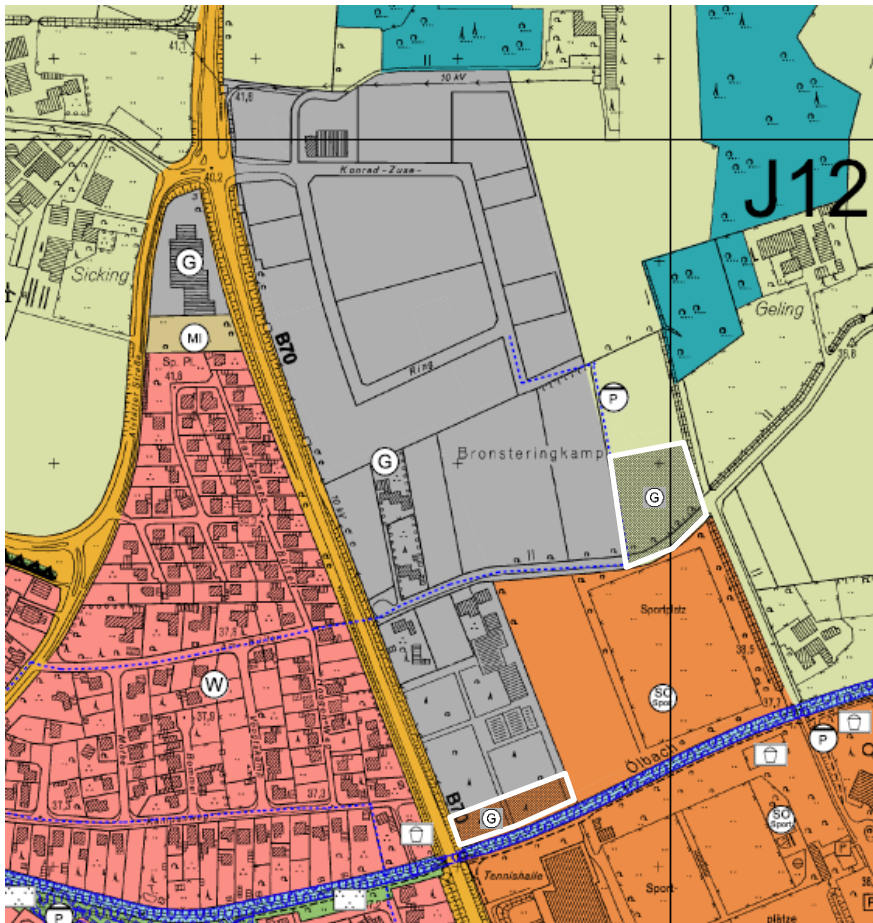
### 4. Inhalt der Flächennutzungsplanänderung

Zur Umsetzung der städtebaulichen Konzeption ist neben der Aufstellung des Bebauungsplans der Flächennutzungsplan für kleinere Teilbereiche zu ändern.



(Abb. 5: Gültiger Flächennutzungsplan mit Abgrenzung der Änderungsbereiche,  
Quelle: eigene Darstellung)

Eine Fläche für die Landwirtschaft und Teile des Sondergebiets „Sport“ sollen zukünftig im Flächennutzungsplan als gewerbliche Bauflächen dargestellt werden.



(Abb. 6: Änderung Flächennutzungsplan, Quelle: eigene Darstellung)

## 5. Erschließung, Ver- und Entsorgungseinrichtungen

### 5.1. Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über eine Verlängerung des Konrad-Zuse-Rings nach Süden.

Durch die Planung werden – je nach zukünftiger Parzellierung – rund 15 neue Gewerbegrundstücke geschaffen. Es wird davon ausgegangen, dass eine ausreichende Leistungsfähigkeit des vorhandenen Knotenpunkts B70 / Alstätter Straße / Konrad-Zuse-Ring, der über eine Lichtsignalanlage verfügt, vorliegt.

### 5.2. Ver- und Entsorgung

Die Versorgung des Gebietes mit Trinkwasser, Strom und Telekommunikation erfolgt über eine Erweiterung der vorhandenen Systeme.

### 5.3. Abwasserbeseitigung

Das Plangebiet wird im Trennverfahren erschlossen.



## **Schmutzwasser**

Die im Plangebiet anfallenden Schmutzwassermengen werden über eine herzustellende innere Schmutzwasserkanalisation gesammelt und über einen Anschluss an das Bestandsnetz zur Kläranlage abgeleitet.

## **Regenwasser**

Für die Beseitigung des Niederschlagswassers sind die Prüfkriterien des § 51a LWG maßgeblich. Dabei ist zunächst die Möglichkeit der Versickerung der Niederschlagswässer auf den Baugrundstücken geprüft worden. Die Grundwasserstände liegen im Plangebiet sehr hoch. Aufgrund des unzureichenden Abstandes zum Grundwasserstand, ist keine Versickerung von Niederschlagswasser, sondern eine zentrale Entwässerungslösung vorgesehen. Da es sich bei den wesentlichen Regenwassermengen um klärpflichtiges Abwasser handelt, scheidet für diese die Versickerung, unabhängig von den Bodenverhältnissen, aus.

Derzeit wird ein Entwässerungskonzept durch ein Ingenieurbüro erarbeitet. Es bestehen bereits Anlagen zur Klärung und Rückhaltung des Niederschlagswassers für den ersten Teil des Gewerbegebiets auf dem Flurstück 11, Flur 84. Aufgrund der Topographie ist es nicht sinnvoll, dass im vorhandene Regenrückhaltebecken zu erweitern. Im Südwesten des Plangebiets ist daher ein zusätzlicher Betriebspunkt für die Niederschlagswasserentsorgung mit einer Einleitungsstelle in den Ölbach zu schaffen. Die anfallenden Regenwassermengen werden über eine herzustellende Regenwasserkanalisation gesammelt, geklärt und gedrosselt in den Ölbach eingeleitet.

## **Löschwasserversorgung**

Es ist eine Löschwasserversorgung von mindestens 1.600 l/Min für eine Löschzeit von 2 Stunden sicherzustellen. Zur Löschwasserentnahme sind eingebaute Unterflurhydranten mit Hinweisschildern für den Brandschutz zu kennzeichnen. Auf das Regelwerk Arbeitsblatt W 405 „Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung“ und die einschlägigen DIN Norm 4066 „Hinweisschilder für die Feuerwehr“ wird hingewiesen. Neben der Nutzung der öffentlichen Wasserversorgung der SVS besteht grundsätzlich die Möglichkeit, die ausreichende Löschwasserversorgung durch zusätzliche Brunnenbohrungen auf öffentlichen Flächen sicherzustellen.

## **6. Umweltauswirkungen**

### **6.1. Umweltprüfung und Artenschutz**

Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist in der Bauleitplanung eine Umweltprüfung durchzuführen. Im Umweltbericht nach § 2a BauGB sind die auf Grund der Umweltprüfung ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen. Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung.

Grundsätzlich ist zu bedenken, dass im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung zwar die Grundlagen für die konkrete Bauleitplanung, aber keine realen baulichen Veränderungen vor Ort geschaffen werden. Dies geschieht erst durch die Umsetzung der verbindlichen Bauleitplanung.

Im Umweltbericht werden die Auswirkungen der Planung auf die gesetzlich definierten Schutzgüter untersucht. Die Ergebnisse des Umweltberichts machen deutlich, dass nach derzeitigem Kenntnisstand bei der Umsetzung der vorgesehenen Vermeidungs-,

Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen verbleiben.

Zu Einzelheiten wird auf den Umweltbericht als Bestandteil dieser Begründung verwiesen.

Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag (Stufe I) zum Bebauungsplan Nr. 78.2 „Gewerbegebiet Nord – Teil 2“ kann aufgrund seines weitergehenden Untersuchungsumfangs ebenfalls zur Beurteilung der Vorkommen in den Änderungsbereichen des Flächennutzungsplanes herangezogen werden. Er ist Anlage zur Begründung.

Der Fachbeitrag kommt zu dem Ergebnis, dass eine Verletzung der Verbotstatbestände des § 44 BNatSchG nicht ausgeschlossen werden kann und zur Klärung bestehender faunistischer Kenntnisdefizite eine Brutvogel-Untersuchung erforderlich ist.

Der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag bezieht sich auf den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes, der überwiegend bereits als Gewerbliche Baufläche im Flächennutzungsplan dargestellt ist. Zu Offenlandarten wird auf S. 12 des Gutachtens ausgeführt, dass eine großflächige Ackerfläche überplant wird, die aufgrund ihrer Größe von Kiebitzen besiedelt werden kann. Aufgrund des zurzeit angebauten Wintergetreides ist im Frühjahr 2023 das Vorkommen von Kiebitzen allerdings auszuschließen. Die benannte Fläche liegt nicht im Änderungsbereich dieser Flächennutzungsplanänderung.

Im Weiteren wird ausgeführt, dass im Übergang zum Sportplatz sich Strauchhecken befinden, die für Bluthänfling und ggf. weitere planungsrelevante Vogelarten geeignet sind. Diese Arten können durch ein heranwachsendes Gewerbegebiet durch Gebäude, Licht, Lärm und Verkehrsbewegungen verdrängt werden, so dass in diesem Bereich eine Brutvogel-Untersuchung notwendig ist.

Hinsichtlich des Änderungsbereichs südlich des vorhandenen Regenrückhaltebeckens (RRB) wird beschrieben, dass das naturnahe Regenrückhaltebecken zwar vollständig erhalten bleibt, aber absehbar von Gewerbeflächen im Osten und Süden begrenzt werden wird. Innerhalb des RRB und der arrondierenden Hecken sind planungsrelevante Arten wie Nachtigall und Bluthänfling nicht auszuschließen. Diese Arten können durch ein heranwachsendes Gewerbegebiet durch Gebäude, Licht, Lärm und Verkehrsbewegungen verdrängt werden. Auch hier ist zur abschließenden Klärung eine Brutvogel-Untersuchung erforderlich.

In Bezug auf Baulärm und Maschinebewegungen zur Bauzeit können in allen Fällen artenschutzrechtliche Konflikte aber sicher ausgeschlossen werden, wenn der Beginn der Bauzeit außerhalb der Hauptbrutperiode der Vögel liegt.

Mit der Darstellung von Bauflächen im Flächennutzungsplan ist noch keine mögliche Verletzung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände gegeben. Auch anders als bei einem Bebauungsplan werden auf der Ebene des Flächennutzungsplanes noch keine baulichen Eingriffe ermöglicht.

Im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren sind die oben genannten Sachverhalte durch weiterführende Untersuchungen zu konkretisieren. Im Bebauungsplanverfahren können ggf. erforderliche und geeignete Vermeidungs-, Minderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen aufgezeigt werden.

## **6.2. Eingriffsregelung**

Die Ausweisung neuer gewerblicher Bauflächen zieht Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft nach sich. Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes als vorbereitende Bauleitplanung sind allerdings noch keine unmittelbaren Eingriffe verbunden. Im Rahmen der nachfolgenden verbindlichen Bauleitplanung erfolgt eine Qualifizierung der erforderlichen Vermeidungs-, Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen.

### 6.3. Geruch

Zum jetzigen Zeitpunkt kann davon ausgegangen werden, dass keine unzumutbaren Geruchsimmissionen durch Tierhaltungsbetriebe im Plangebiet auftreten. Es liegen darüber hinaus keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die Erweiterung der gewerblichen Baufläche mögliche Erweiterungsabsichten der landwirtschaftlichen Betriebe einschränken könnte.

In der Nähe des geplanten Gewerbegebietes befinden sich landwirtschaftliche Betriebe mit Tierhaltung.

Für den ersten Teilabschnitt des Gewerbegebietes Nord wurde ein Geruchsgutachten erstellt (Büro Richters & Hüls, Oktober 2002). Im nördlichen Bereich des gültigen Bebauungsplans Nr. 78 wurden daraufhin Betriebsleiterwohnungen ausgeschlossen, da dort der Richtwert der „Geruchimmissionsrichtlinie (GIRL)“ von Belastungen von 15 % der Jahresstunden leicht überschritten wurde. Im südlichen Bereich des Bebauungsplans Nr. 78 sowie in Teilbereichen des Plangebiets der aktuellen GE-Erweiterung sind seinerzeit Wahrnehmungshäufigkeiten von 10 % und 13 % ermittelt worden.

Die am nächsten am jetzigen Plangebiet liegende Hofstelle Geling, Köckelwick 74, ist von der zukünftigen überbaubaren Grundstücksfläche genauso weit entfernt wie die bestehenden Betriebe im ersten Teilabschnitt des Gewerbegebietes Nord. Die geplante Gewerbegebietserweiterung liegt südwestlich des Betriebs, d.h. entgegen der Hauptwindrichtung.

Seit Erstellung des o. g. Geruchsgutachtens sind auf der Hofstelle Geling keine Veränderungen hinsichtlich von Tierplatzzahlen oder relevante bauliche Entwicklungen in der Bauakte dokumentiert. Mögliche Erweiterungsabsichten des Betriebs müssten sich bereits an dem Vorhandensein des derzeitigen Gewerbegebietes messen.

Vor diesem Hintergrund wird an dieser Stelle auf die Erstellung eines Geruchsgutachtens verzichtet, da durch die Planung keine Änderung der immissionsschutzrechtlichen Situation für die Hofstelle eintritt. Dies gilt auch für die anderen in der Nachbarschaft bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe. Diese liegen alle räumlich näher zu dem vorhandenen Gewerbegebiet als zu der Erweiterungsfläche, für die dieser Bebauungsplan aufgestellt wird. Außerdem ist offenkundig davon auszugehen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe bereits durch die bestehende Wohn- und Gewerbebebauung in ihrer Entwicklung beschränkt sind. Zudem kann darauf hingewiesen werden, dass selbstverständlich auch Umstrukturierungen und auch Vergrößerungen von Tierzahlen weiterhin möglich sein werden, soweit die Gesamtgeruchsemission nicht vergrößert wird. Diese ist oftmals bereits durch relativ einfache Anpassung der technischen Einrichtungen möglich.

### 6.4. Sonstige Immissionen

Die Umsetzung der Planung durch Ansiedlung von Gewerbebetrieben wird insbesondere für die benachbarten Wohnhäuser im Außenbereich zu einer geänderten Immissionssituation führen. Um die Wohngebäude vor unzumutbaren Beeinträchtigungen zu schützen sind im verbindlichen Bauleitplanverfahren daher entsprechende Regelungen wie z. B. eine Gliederung des Plangebietes entsprechend der Abstandsliste NRW des Abstandserlasses 2007 des Landes NRW (RdErl. des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 6.6.2007 - SMBl. NW. 283 -) erforderlich. Weitere Immissionsschutzmaßnahmen sind im Bebauungsplan denkbar, sodass - auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem bestehenden Gewerbegebiet Nord - grundsätzlich eine Umsetzung der Erweiterung des Gewerbegebietes möglich erscheint.

Hinsichtlich Betriebe und Anlagen mit Betriebsbereichen im Sinne von § 3 Abs. 5a BImSchG (Störfallbetriebe), die unter die Seveso-III-Richtlinie (Richtlinie 2012/18/EU vom 04.07.2012) fallen, ist eine abschließende Auseinandersetzung mit den Belangen des Immissionsschutzes nur auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung möglich. Darstellungsmöglichkeiten in einem Flächennutzungsplan sind dazu rechtlich nicht vorhanden. In dem in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 78 „Gewerbegebiet Nord - Teil 2“ sollen aufgrund der Nähe zu schutzbedürftigen Gebieten (Wohnhäuser und die angrenzenden Freizeitflächen - Sportzentrum mit Hallen- und Freibad sowie Sporthotel) Störfallbetriebe ausgeschlossen werden. Solche Nutzungen wären städtebaulich geeigneter im Industriegebiet Gaxel vorstellbar.

## **6.5. Klimaschutz / Klimawandel / Hochwasserschutz**

Im Umweltbericht als Teil der Begründung wird ebenfalls auf das Schutzgut Klima eingegangen. Durch die Änderung des Flächennutzungsplanes werden die Voraussetzungen für eine weitere Bebauung geschaffen. Aufgrund der zukünftigen Neuversiegelung werden Aufheizungseffekte entstehen. Kleinräumig gehen Kaltluftentstehungsflächen verloren, im Umfeld sind aber nach wie vor in großem Umfang Kaltluftentstehungsflächen vorhanden. Großräumig sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut zu erwarten.

Durch die Umsetzung der Planung werden keine Treibhausgas-Senken oder Böden mit klimarelevanten Funktionen überplant. Die zukünftige Bebauung und gewerbliche Nutzung wird allerdings zu einer Erhöhung der Emissionen insbesondere durch Verkehrsbewegungen kommen.

Hinsichtlich der Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels ist festzuhalten, dass für den südliche Änderungsbereich bei Betrachtung eines Hochwassers mit niedriger Wahrscheinlichkeit die Gefahr einer Überflutung mit Wasserhöhen bis zu 0,5 m besteht. Im nachfolgenden Bebauungsplan werden hier allerdings ein Regenrückhaltebecken sowie Grünflächen festgesetzt.

Bei seltenen und extremen Starkregenereignissen ist mit einer teilweisen Überflutung des nördlichen Änderungsbereichs zu rechnen, bei extremen Ereignissen wird auch der südliche Änderungsbereich teilweise überflutet. Während im südlichen Änderungsbereich im nachfolgenden Bebauungsplan ein Regenrückhaltebecken und Grünflächen vorgesehen sind, wird empfohlen, die Ausbauhöhen in Kenntnis der Überflutungsgefahr zu überprüfen. Dies wird im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren durchgeführt.

Ein Klimawandel-Vorsorgebereich ist für das Plangebiet nicht ausgewiesen.

Die Prüfung im Umweltbericht kommt zu dem Ergebnis, dass Vermeidungs-, Minderungs- und Ausgleichsmaßnahmen für das Schutzgut Klima nicht erforderlich sind. Aufgrund der stetig zunehmenden Versiegelung und Bebauungsdichte und der hieraus resultierenden thermischen Belastung wird die Prüfung verbindlicher Dach- oder Fassadenbegrünungen sowie Anpflanzung und Erhalt von Gehölzen empfohlen.

Zu weiteren Einzelheiten wird auf den Umweltbericht in Teil II verwiesen.

## **6.6. Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen**

Nach § 1 a Abs. 2 BauGB sollen landwirtschaftliche Flächen nur im notwendigen Umfang genutzt werden. Die Notwendigkeit der Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen soll begründet werden.

Im vorliegenden Fall ist zur Bedienung der Nachfrage nach gewerblich-handwerklichen Bauflächen die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen erforderlich. Eine

Innenentwicklung durch Nutzung von Brachflächen oder Konversionsflächen ist nicht möglich, da solche Flächen im Stadtgebiet von Vreden, die sich für eine gewerblich-industrielle Nutzung eignen würden, nicht vorhanden sind. Erweiterungen vorhandener Gewerbe- und Industriegebiete sind nur durch die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen möglich.

## **7. Sonstige Auswirkungen der Planung**

### **7.1. Denkmalschutz und -pflege**

Weder innerhalb des Geltungsbereichs der Flächennutzungsplanänderung noch im Nahbereich befinden sich Baudenkmäler oder sonstige Denkmäler im Sinne des Denkmalschutzgesetzes bzw. Objekte, die im Verzeichnis des zu schützenden Kulturgutes der Stadt Vreden enthalten sind.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Fossilien) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Unteren Denkmalbehörde und der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster (Tel. 0251/591 8911) unverzüglich anzuzeigen (§§ 15 und 16 DSchG).

### **7.2. Altlasten**

Im Plangebiet sind Altlasten, Altlastenverdachtsflächen und schädliche Bodenverunreinigungen nicht bekannt.

Ein Kampfmittelvorkommen ist nach heutigem Kenntnisstand im Plangebiet nicht bekannt, es kann aber nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund soll der folgende allgemeine Hinweis in den aus dem Flächennutzungsplan zu entwickelnden Bebauungsplan aufgenommen werden: Es kann keine Garantie für die Freiheit von Kampfmitteln gegeben werden. Bei der Durchführung aller bodeneingreifenden Bauarbeiten ist Vorsicht geboten. Bei Munitionsfunden ist der Kampfmittelbeseitigungsdienst der Bezirksregierung Arnsberg über das Ordnungsamt der Stadt Vreden umgehend zu verständigen.

## **8. Umsetzung der Planung**

Die Grundstücke im Plangebiet befinden sich im Eigentum der Stadt Vreden.

Quellen:

Kreis Borken, Statistik Online, [https://kreis-borken.de/en/service/kreisverwaltung/statistik/statistik-der-kreis-borken-in-zahlen/?no\\_cache=1](https://kreis-borken.de/en/service/kreisverwaltung/statistik/statistik-der-kreis-borken-in-zahlen/?no_cache=1), Grunddaten zu Erwerbstätigkeit, erschienen am 05.11.2020